
1999 Energieabgaben im Variantenkrieg:
Mehrheitsfähige Synthese noch nicht in Sicht
Neue Zürcher Zeitung, 10.2.1999

Energieabgaben im Variantenkrieg: Mehrheitsfähige Synthese noch nicht in Sicht

Mit dem Energieabgabebeschluss (EAB) vom Juni 1998 will der *Nationalrat* eine Abgabe von 0,6 Rappen/kWh (rund 900 Mio. Fr.) für die zweckgebundene Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einführen. Der EAB gleicht der Solarinitiative, geht aber weiter (0,6 Rp./kWh statt 0,5 Rp./kWh) und soll besonders auch der Wasserkraft im liberalisierten Strommarkt auf die Beine helfen. Der EAB beinhaltet *keine ökologische Steuerreform*, die die schädlichen (= nicht-erneuerbaren) Energien verteuert und die Erträge für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet, wie dies die Energie-Umwelt-Initiative verlangt. Die ökologische Steuerreform wurde vom Nationalrat vertagt. *Nicht vertagt* wurde hingegen das CO₂-Gesetz. Es dürfte in Bälde verabschiedet werden.

Die *Ständeratskommission* will das Thema Energieabgaben auf Verfassungsebene angehen. Sie setzt die Hürden höher (Ständemehr), geht bei den Förderbeiträgen mit 300 Mio. Fr. viel weniger weit und will diese Beiträge schon nach 10 Jahren wieder sistieren. Gleichzeitig sieht der Ständerat eine Kompetenznorm in der Verfassung vor, mit der die nichterneuerbaren Energien verteuert und die Lohnnebenkosten gesenkt werden können.

Beide Varianten vermögen für sich alleine nicht zu befriedigen. Der Nationalrat stellt zwar angemessene Geldmittel zur Verfügung, aber die Preisverhältnisse auf dem Energiemarkt lassen sich damit erhebungsseitig noch zu wenig beeinflussen. Derzeit kostet ein Liter Heizöl unter 25 Rappen pro Liter (1981 waren es real über 80 Rappen), mit dem EAB wird Heizöl knapp 30 Rappen/Liter kosten. Während in Deutschland, Holland, Grossbritannien, Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark *überall* ökologische Steuerreformen beschlossen sind oder schon eingeführt wurden, ist der Preis für fossile Energien im Nachzüglerland Schweiz, dem Land mit den höchsten Einkommen wohlgemerkt, der tiefste in ganz Westeuropa! Die ökologische Wirksamkeit von Förderbeiträgen ist in einem solchen Umfeld sehr mässig.

Die Ständeratskommission ebnet nun zwar den Weg zu einer ökologischen Steuerreform. Sie unterschätzt aber die Fristen, bis ausreichend wirksame Abgabesätze in Kraft sind. Gerade um diese Fristen zu überbrücken, braucht es eine längerfristig angelegte und besser dotierte Förderung der erneuerbaren Energien und der Effizienzmassnahmen, wie dies der EAB und die Solar-Initiative vorschlagen. Mit 300 Mio. Franken während gerade einmal zehn Jahren kann man unmöglich die Wasserkraft retten, das Gewässerschutzgesetz erfüllen, neue Solartechnologien auf dem Markt einführen und flächendeckend die Energieeffizienz erhöhen. *Nota bene:* Die Kernkraftwerke – sie leisten einen Beitrag von 9 Prozent der Gesamtenergieproduktion – wurden während drei Jahrzehnten jährlich mit 0,5 bis 1 Mrd. Franken aus dem Mischtarif der monopolistischen Elektrizitätswirtschaft quersubventioniert und erhielten darüber hinaus noch gegen 3 Milliarden Franken an Forschungssubventionen. Und nun sollen 300 Millionen genügen, um den ganzen Energieverbrauch in einem Jahrzehnt (!) ökologisch nachhaltig umzugestalten?

Mit dem EAB des Nationalrats stünden immerhin 900 Mio. Fr. während 25 Jahren für dieses titanische Unterfangen zur Verfügung; aber im Szenario des Nationalrats können nur fossile Energieträger verteuert werden (mit der CO₂-Abgabe). Es fehlt hier der Einbezug der Atomenergie bzw. des importierten Stroms, und eine Substitution fossiler Energieträger durch Strom aus atomaren Quellen oder aus dem Ausland ist mit dem CO₂-Gesetz vorprogrammiert – ökologisch betrachtet eine reine Augenwischerei. Die Schweiz hat ein ganz erhebliches Potential an erneuerbaren

Energien: Wasserkraft, Holz, Solarenergie, Geothermie, Wind usw., ganz zu schweigen vom unerschlossenen Effizienzpotential. Das CO₂-Gesetz verhilft diesen Techniken in keiner Weise zu verbesserter Rentabilität, solange schmutziger Strom aus tschechischen Kohle- oder aus französischen und ukrainischen Atomkraftwerken unbesteuert importiert werden darf. Der Preishebel im CO₂-Gesetz funktioniert nicht; der Tunnelblick auf die fossilen Energien führt einzig zur Verteuerung der inländischen Stromproduktion aus gasbetriebener Wärmekraft-Kopplung – im Effekt eine geradezu perverse Folge dieser einseitigen Rechtssetzung.

Das Ständeratsmodell liefert die Basis für eine echte ökologische Steuerreform. Eine solche Kompetenz besteht bisher nach Ansicht der Verfassungsrechtler noch nicht, obschon man den Umweltschutzartikel in der Verfassung sehr wohl auch so interpretieren könnte. Schon die Umlagerung eines einzigen Lohnprozentes (2,2 Mrd. Fr.) auf die nicht-erneuerbaren Energieträger könnte die Notwendigkeit zur Förderung mancher Wasserkraftwerke ganz zum Verschwinden bringen. Eine solche Lenkungsabgabe liefert auch echte Anreize, das riesige Potential unausgeschöpfter Effizienzmassnahmen mittels inländischen Investitionen und know how zu erschliessen. Wird hingegen der EAB und die CO₂-Abgabe in Kraft gesetzt, erhält die Atomenergie eine geschützte Marktnische, die kurzfristig wirtschaftlich aussieht, aber dem Land unakzeptable Risiken und teure Langzeithypothesen aufbürdet. Zudem geht dann das unrationelle Verheizen von Oel und Gas – ohne wärmegekoppelte Stromproduktion – einfach weiter.

Das Ständeratsmodell bleibt in einem wichtigen Punkt sehr unbefriedigend: Es enthält weder ein verbindliches Lenkungsziel, noch einen Zeitplan. Die Verfassungsnorm ist so unverbindlich, dass ihr das Schicksal der Mutterschaftsversicherung blühen könnte, die 54 Jahre auf die Gesetzgebung warten musste. Gerade deshalb sollte die Förderabgabe nicht auf 10 oder allenfalls 15 Jahre befristet und auf Bonsai-Dimensionen zusammengestaucht werden. In zehn Jahren werden wir mit der ökologischen Steuerreform kaum genügend weit sein, dass die Wasserkraftwerke ganz auf zweckgebundene Beiträge verzichten können, ganz zu schweigen von den Anstrengungen, die es braucht, um Geothermie-Anlagen, Solarkollektoren oder Dünnschicht-Solarzellen – *made in Switzerland* – in industriellen Mengen konkurrenzfähig zu machen. Aus diesen Gründen muss das Fördervolumen deutlich erhöht werden. Die Laufzeit des Programms sollte zudem von der Wirksamkeit der ökologischen Steuerreform abhängig gemacht werden, und wie im EAB direkt mit klaren Lenkungszielen verknüpft werden.

Eine solche Politik liegt *im ureigensten Interesse unseres Landes*. Sie ist nicht marktverzerrend, denn das Preisgefüge auf dem Energiemarkt spiegelt sowieso keine echten Kosten und Knappheiten. Bei den heutigen Zuwachsraten des Weltgasverbrauchs (über 3 % p.a.) sinkt die vermeintlich lange Reichweite schon im Jahr 2010 auf unter 30 Jahre. Und selbst neu entdeckte Reserven werden der Dynamik des exponentiell wachsenden Verbrauchs rasch erliegen. Wer in populistischer Manier sinkende Energiepreise fordert und Marktkräfte beschwört, die angeblich für Oekologie einstehen, ist Opfer eigener Selbsttäuschung geworden.

Wer heute die Abhängigkeit von nicht-erneuerbaren Ressourcen absenkt, handelt rational. Er schützt sich vor neuen Preisschocks, deren Eintritt umso wahrscheinlicher ist, je weniger Leute sie für möglich halten. Zudem geht es um intergenerative Gerechtigkeit gegenüber jungen Menschen, die bereits geboren sind. Die heute Neugeborenen werden bis im Erwachsenenalter fast aller billigen Energieressourcen enteignet sein. Und sie gehen auch mit der Ressource Klimastabilität nicht auf sicher, die seit Erfindung der Landwirtschaft vor 10'000 Jahren die zentrale Basis zivilisierter Lebensführung war.

Politische Rahmenbedingungen müssen endlich dafür sorgen, dass die heutigen Investitionen in Infrastruktur, Immobilien und Maschinen nachhaltig nutzbar bleiben. Der vermeintlich solide Trampelpfad kostengünstiger Energieverschwendung ist nicht mehr länger tragfähig. Die Politik muss hier dem neoliberalen Herdentrieb den Weg weisen. Die Zeit ist reif.

Rudolf Rechsteiner. oeb. 1958. Nationalrat (SP. BS): Mitautor der Solarinitiative und

der Energie-Umwelt-Initiative.